Bericht des BM zur SVV am 09.06.2016:

1. Kurortanerkennung mit geänderten und nachträglichen Auflagen

1.1. Verwaltungsvereinbarung zum Rückbau der Stadtbrücke T.: 30.06.2016/ 31.12.2016

- Angebot zum Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung ist dem MIL bis zum 30.06.2016 zu unterbreiten
 - Stadt muss alle zumutbaren Maßnahmen ergreifen und dulden, damit der Rückbau nicht verzögert wird
 - dem MASGF ist über den Verfahrensstand und Abschluss der Vereinbarung zum 31.12.2016 zu berichten
- Auf Nachfrage zur Beschlussfassung Nr. 49/2016 hat das MASGF mit Schreiben vom 07. Juni 2016 bestätigt, dass der Entwurf der Planungsvereinbarung und der dazugehörige Beschluss der Auflage 1 des Änderungsbescheides vom 24.05.2016 entspricht.*

1.2. rechtskräftiger FNP T.: 31.12.2016

- der Nachweis zum rechtskräftigen FNP mit ausreichend Kur- und Erholungsgebiete als SO ist bis zum 31.12.2016 zu erbringen

Das MLUL teilt am 06.06.2016 (PE) zur Voranfrage auf Zustimmung gemäß E-Mail der Stadt Bad Freienwalde (Oder) vom 13.11.2015 mit, dass sich der Verfahrensablauf geändert hat. Die Stadt muss nunmehr ein neues flächenschutzrechtliches Verfahren beantragen durch Voranfrage auf Zustimmung zu den von den Schutzgebieten betroffenen Plandarstellungen. Dies erfolgt bis zum 17.06.2016.

1.3. auf Gesundheitstourismus ausgerichtetes Kurortentwicklungskonzept T.: 30.06.2017

- die Kurort-Entwicklungskonzeption ist durch die SVV zu beschließen und dem MASGF bis zum 30.06.2017 vorzulegen
- Konzeption muss einen Maßnahmeplan und Zeitplan für Realisierung enthalten
- MASGF behält sich vor, ggf. bestimmte Maßnahmen der Kurort-Entwicklungskonzeption als weitere Auflagen zu erteilen

Als Partner wurde hierzu das DIG aus Bad Elster ausgewählt und um Abgabe eines Angebotes gebeten. Nach Vorlage des Angebotes auf Basis der Auflage des MASGF gibt es eine Vorabstimmung mit dem MASGF zur zielgenauen Aufgabenstellung gemäß der Auflagen vom 24.05.2016.

1.4. Bericht zur Erfüllung der Punkte 1-3 gegenüber LFB T.: 30.06.2020

- a) ist über die Ergebnisse der Umsetzung der Kurortentwicklungskonzeption und ggf. der Auflagen zu berichten
- b) Umsetzung von praktische Maßnahmen zur Verbesserung und Erweiterung der kurörtlichen Angebote und Infrastruktur
- c) Ergebnisse des strukturierten, regelmäßigen Dialogprozesses zur kurörtlichen Entwicklung zwischen Verwaltung/ SVV/ Leistungsträgern und Bürgerinnen/ Bürger
- d) Begleitung und Unterstützung der Stadt bei Maßnahmen zur qualitativen und quantitativen Weiterentwicklung der Gastronomie und Beherberg

2. Rückzahlung Altanschießerbeiträge

Die Verbandsversammlung des TAVOB hat am 30.05.2016 die Aufhebung sowie Rücknahme aller Bescheide und die anschließende sofortige Rückzahlung aller Altanschießerbeiträge beschlossen. Die Bekanntgabe der Beschlüsse erfolgte im Amtsblatt des TAVOB am 31.05.2016 und durch Pressemitteilung am 02.06.2016.

Die erforderlichen Schritte zum Vollzug der Beschlüsse wurden bereits eingeleitet. Dabei wurde folgende Reihenfolge festgelegt: 1. Aufhebung der Bescheide an die Kunden – 2. Benennung des Rückzahlungskontos durch den Kunden – 3. Auszahlung des Altanschießerbeitrages an den Kunden. Jede Kundin und jeder Kunde erhält gesondert Nachricht in schriftlicher Form.

Es besteht weiterhin ein großes Vertrauen in die Arbeit des TAVOB, da lediglich in Einzelfällen (ca. 11 % der sogenannten Altanschießer) nicht nötige Untätigkeitsklagen erhoben wurden. Das Gericht wird überprüfen, ob in den konkreten Fällen die Fristüberschreitung sachlich gerechtfertigt ist und das Verfahren ggf. unter

Fristbestimmung aussetzen. Das Gericht hat im Urteil oder, wenn das Verfahren in anderer Weise beendet worden ist, durch Beschluss über die Kosten zu entscheiden.

Die rechtlichen und wirtschaftlichen Folgen der Entscheidung des BVerfG vom 12. November 2015 (BvR 2961/14 u.a.) wurden im Auftrag des MIK untersucht und am 02.06.2016 veröffentlicht. Im Ergebnis bleibt auch festzuhalten, dass der TAVOB die Bescheide erlassen musste, anderenfalls hätte er mutmaßlich pflichtwidrig und vorwerfbar gehandelt. Zu diesem Zeitpunkt hatten sowohl das OVG Brandenburg als auch das Verfassungsgericht des Landes Brandenburg die Handhabung des geltenden KAG vorgegeben bzw. bestätigt.

3. Programm "Soziale Stadt"

Das LBV hat am 20.05.2016 das Integrierte Entwicklungskonzept (IEK) grundsätzlich anerkannt und strebt eine Förderung an Bundes- und Landesmitteln in Höhe von 1,5 Mio. € an. Der EA der Stadt beträgt 700.000 €. Als Priorität 1 wurden der Bahnhof, der Skate- und Freestylepark und der Ausbau der Landgrabenpromenade eingestuft. Die anderen nachrangigen Vorhaben können erst berücksichtigt werden, wenn die Prioritäten 1 erfüllt sind.

4. Stand der Straßenbaumaßnahmen

Am 03.06.2016 erfolgte die Übergabe der Berliner Straße 1 bis 5. Für den 2. Bauabschnitt im Bereich Berliner Straße 5 bis 9 ist die Abstimmung mit dem Landesbetrieb Straßenwesen zur Erneuerung der Ortsdurchfahrt der B 158 Berliner Straße erforderlich. Gegenwärtig kann nicht eingeschätzt werden, ob ein Weiterbau bereits 2017 möglich ist.

Die Bauarbeiten in der Wasserstraße sind leicht im Verzug. Die Freigabe des 1. BA erfolgt in Kürze nach Vorlage der verkehrsrechtlichen Anordnung zur Sperrung für den Bereich des 2. BA. Die Arbeiten für den 2. BA schließen sich dann nahtlos an und sollen zum Altstadtfest 2016 beendet sein.

5. Baumaßnahme Schulhof Grundschule Käthe Kollwitz

Die Leistungsverzeichnisse für die beschränkte Ausschreibung mit 3 Titeln sind in Vorbereitung:

1. Zaun und Bolzplatz
2. Weitsprung- und Laufanlage
3. Rückbau Schulhoffläche.

Die Submission erfolgt am 27.06.2016 und die Vergabebeschlüsse werden für den Bau- und Ordnungsausschuss am 04.07.2016 sowie der Stadtverordnetenversammlung am 21.07.2016 vorbereitet. Die Ausführung erfolgt mit Ferienbeginn und wird eine Bauzeit von 8-10 Wochen umfassen. Die Ferienzeit wird somit nicht ausreichen, um alle Baumaßnahmen durchführen zu können.

6. Antrag Fraktion SPD/ B'90/ Die Grünen

Es wurde beantragt, dass die SVV beschließt die Sanierung der Gehwege A.-Bräutigam-Straße und Beethovenstr. in die Prioritätenliste aufzunehmen und die Baumaßnahme 2016 ausführen zulassen. Die SVV beauftragte den Bürgermeister, eine qualifizierte Beschlussvorlage zu erarbeiten. Hierzu gibt es folgenden Sachstand:

- die grundsätzliche Erneuerung der Gehwege der Beethovenstraße und der A.-Bräutigam-Str. waren bis zum 1. Nachtrag HH-Plan 2015 für das Jahr 2016 veranschlagt und sind im Entwurf der Prioritätenliste für 2016 enthalten
- zunächst werden die Kosten fortgeschrieben und eine Anliegerversammlung durchgeführt, dann erfolgt die Anmeldung für 2017, dies ist aus Sicht der Verwaltung am zweckmäßigsten. Andere zeitliche Abläufe lassen sich nicht mehr realisieren.

7. Informationen:

Die Schiedsperson Mario Fonzi hat mit Wirkung vom 13.05.2016 seinen Rücktritt erklärt und nimmt somit die Aufgaben der Schiedsstelle nicht mehr wahr.

Die eigentliche Entbindung von diesem Ehrenamt übernimmt jedoch die Direktorin des Amtsgerichtes Bad Freienwalde (Oder). Ansprechpartner für Schiedsangelegenheiten wird aber jetzt schon nur Herr Ferch sein.